

Stromnetze: Einst vergoldet, jetzt vergammelt

(20. Februar 2006) Tagelange Stromausfälle im Münsterland haben gravierende Sicherheitsmängel offenbart. Für Schäden müssen die Geschädigten aufkommen. Hunderttausende mussten in eisiger Kälte tagelang ohne Strom auskommen – mitten in Deutschland. Der Strom war noch keine 24 Stunden ausgefallen, da erklärte der verantwortliche Konzern bereits, ihn träfe keine Schuld und daher würde er auch für die Schäden nicht gerade stehen.

Auf Druck von Öffentlichkeit, Politik und Verbrauchern hat RWE dann doch auf dem Kulanzweg die privaten Schäden reguliert. Der Vorgang hat aber das ganze Land schockiert, weil die Stromversorgung bis dahin als technisch gesichert galt.

„Ereignisorientierte“ Wartung

In der Vergangenheit hat die Versorgungswirtschaft ihre Investitionen in das Stromnetz Jahr für Jahr reduziert. Sie betragen nur etwa zehn Prozent der Netzerlöse. Seit 1998 haben die Stromversorger ihre Reinvestitionsquote von 2,5 auf teilweise unter ein Prozent des Wiederbeschaffungswertes im Jahr gesenkt. Eine unabhängige Untersuchung kritisiert denn auch die „ereignisorientierte Instandhaltung“. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit müssten präventive Maßnahmen in den Vordergrund rücken (ew 2005, S. 70 ff: Mittelspannungsfreileitungen auf dem Prüfstand).

Der Bund der Energieverbraucher hatte bereits vor kurzem die mangelhafte Netzqualität kritisiert. Vor der Liberalisierung haben die Verbraucher alle Investitionen in Leitungsnetze über den Strompreis finanziert. Die Versorger haben damals sehr viel investiert. Man sprach von „vergoldeten“ Netzen.

Nach der Liberalisierung konnten die Netzentgelte unabhängig von den getätigten Investitionen angehoben werden. Die Netzentgelte haben sich seitdem verdreifacht, die Investitionen dagegen halbierten sich. Deshalb zahlen die Verbraucher jährlich 18 Milliarden Euro für die Netznutzung. Die Stromwirtschaft hat aber (2004) nur zwei Milliarden Euro in die Netze investiert. Der Gewinn von RWE lag im Jahr 2004 bei 5,7 Milliarden Euro, der von E.ON bei 4,3 Milliarden Euro.

Der von den Verbrauchern bezahlte Gewinn der beiden Riesen liegt derzeit fünfmal höher als der Betrag, der insgesamt in Deutschland in die Netze investiert wird.

Die von der Stromunterbrechung betroffenen 250.000 Privathaushalte im Münsterland zahlen an RWE jährlich rund 80 Millionen Euro allein für die Netznutzung. Das sind nach Berechnungen des Bundes der Energieverbraucher etwa 30 Millionen Euro mehr, als gerechtfertigt ist. Für die Schadensregulierung stellte RWE schließlich ganze fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Morsche RWE-Masten

Der „Spiegel“ hat ihm vorliegende RWE-interne Papiere ausgewertet und kommt zu dem Schluss, dass zahlreiche Strommasten im RWE-Versorgungsgebiet schwerwiegende Materialfehler aufweisen. Der erste Mann im Unternehmen sei seit Ende 2003 über die Zustände informiert. 30 Prozent der besonders gefährdeten Masten seien noch immer nicht ausgewechselt. RWE bestreitet dies weitgehend.

Staat hat sich zurückgezogen

In der Schweiz werden die Anlagen der Stromversorger durch die Kantone technisch kontrolliert. In Deutschland fehlt eine systematische und unabhängige technische Aufsicht über die Anlagen der Strom- und Gasversorgung. Die Versorger kontrollieren die Netze selbst. Es gibt auch weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine technische Aufsichtsbehörde über die Energieversorgung, wie sie in anderen Bereichen üblich sind, etwa für das Eichwesen, die Wasserstraßen, die Autostraßen oder den Schienenverkehr. Selbst an einer gesetzlichen Verpflichtung der Stromwirtschaft zur

ordnungsgemäßen Stromversorgung fehlt es. Der komplette Rückzug des Staates aus der Kontrolle lebensnotwendiger Infrastruktur ist ein schweres politisches Versäumnis.

http://www.energieverbraucher.de/index.php?pre_cat_open=41&id=89&subid=1293&content_news_detail=4951&back_cont_id=4044

RWE bietet Landwirten Härtefallregelung an

24.02.2006

RP ONLINE

Münster/Essen (rpo). Wegen der Stromausfälle im vergangenen November sind vielen Landwirten im Münsterland große Schäden entstanden. Das Energieunternehmen RWE bietet den Betroffenen nun eine Härtefallregelung an. Die juristische Verantwortung lehnt das RWE jedoch weiter ab.

Die RWE AG bietet wegen der mehrtägigen Stromausfälle im Münsterland den betroffenen Landwirten eine Härtefallregelung an. Wie der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband am Freitag in Münster mitteilte, erklärte sich der Essener Energieversorger bei einem Gespräch zur Einrichtung eines Härtefallfonds bereit, aus dem Landwirte Mittel erhalten sollten. Die juristische Verantwortung für den Stromausfall übernehme man damit aber nicht, hieß es.

Das Unternehmen verwies nach Angaben des Bauern-Verbandes darauf, dass die extreme Wetterlage vom November vergangenen Jahres - und nicht Materialfehler - zum Umknicken der Strommasten geführt habe. Dies hätte das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen ergeben. Dennoch erklärte sich der Energieversorger mit Blick auf die betroffenen Landwirte zur Einrichtung des Härtefallfonds bereit.

RWE hatte kurz nach dem Stromausfall einen Härtefallfonds in Höhe von fünf Millionen Euro eingerichtet, aus dem Privatpersonen unterstützt wurden, die durch den Black-out in existenzielle Notlagen geraten waren. Nach Angaben des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands waren von dem Stromausfall im Münsterland rund 450 Landwirte betroffen. Die Schäden belaufen sich den Angaben zufolge auf mehr als eine Million Euro.

Der Bauern-Verband und RWE wollen ihre Gespräche zu dem Thema fortsetzen. Verbandspräsident Franz-Josef Möllers kündigte an, das Angebot von RWE sorgfältig zu prüfen.